F-1-B Nachtragshaushalt

Gremium:	Länderrat
Beschlussdatum:	01.08.2021
Tagesordnungspunkt:	F Finanzen

Antragstext

Den Nachtragshaushalt findet ihr in der Wolke:
https://wolke.netzbegruenung.de/f/36230364

S-1-B So bauen wir eine Welt, die Zukunft hat - Fahrplan für den Politikwechsel

Gremium:	Länderrat
Beschlussdatum:	31.07.2021
Tagesordnungspunkt:	S Strategien für die Grüne Jugend

Antragstext

Regieren dann, wenn sich wirklich was verändert

Die Notwendigkeit für einen Politikwechsel war noch nie so groß: 16 Jahre Stillstandspolitik durch die CDU im Bundeskanzler*innenamt haben zu immer mehr sozialer Spaltung, kaputtgesparter öffentlicher Versorgung und zukunftsfeindlicher Klimapolitik geführt. Merkel, Seehofer und Co. unterstützen eine Politik der Abschottung, die an den europäischen Außengrenzen Tag für Tag Menschenleben kostet. Gleichzeitig haben die letzten 16 Jahre Politik der Bundesregierung dafür gesorgt, dass kurzfristige Profite wichtiger waren, als die Fragen der Zeit endlich in die Hand zu nehmen.

Die Krisen dieser Zeit könnten nicht größer sein. Die nächsten vier Jahre werden entscheidend sein, um diese Krisen anzugehen und zu bekämpfen. Die CDU ist hauptverantwortlich für eine Politik, die Krisen verschärft, statt sie abzuwenden. Diese Politik werden wir nicht unterstützen.

In diesem Wahlkampf zeigen wir, was alles besser laufen kann, wenn man nur will: Politik muss in den nächsten Jahren endlich wieder Visionen und zukunftsfähige Politik in den Mittelpunkt stellen, anstatt an der Vergangenheit festzuhalten. Es fehlt nicht an Konzepten oder Ideen, es fehlt an guter Politik, die diese umsetzen will. Und deswegen nehmen wir die bessere Politik diesen Sommer in die Hand: wir kämpfen für eine Politik, die niemanden mehr zurücklässt und mutig mit den Menschen gemeinsam in die Zukunft geht!

Wir kämpfen für einen grundlegenden Politikwechsel

Wir stehen für eine Gesellschaft ein, die sich an den Bedürfnissen der Vielen und nicht an den Profiten der Wenigen orientiert. Der Status Quo gefährdet im Hier und Jetzt das Wohlergehen breiter Teile der Gesellschaft durch einen löchrigen Sozialstaat, eine Arbeitsmarktpolitik, die niedrige Löhne zum Alltag macht, durch kaputtgesparte Daseinsvorsorge und auch langfristig durch die

Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Wir werden eine Koalition nur dann mittragen, wenn sich die Lebensverhältnisse von Menschen spürbar verbessern und die notwendigen Schritte beim Schutz unserer Lebensgrundlagen gegangen werden .

Wir sind mehr wert!

Ob das nach Profitlogiken ausgerichtete Gesundheitssystem, stillgelegte Bahnverbindungen, marode Schulen oder unterfinanzierte Kommunen ohne Handlungsspielraum: Das Sparen an der Versorgung mit dem, was wir zum Leben brauchen, verschlechtert unsere Lebenssituation in Gegenwart und Zukunft.
Die nächste Bundesregierung muss Geld in die Hand nehmen, um Investitionen in unsere Gesellschaft zu tätigen und darauf hinarbeiten, dass ein gutes Leben nicht mehr vom Geldbeutel abhängt. Das muss insbesondere in ostdeutschen Bundesländern passieren, um innerdeutsche Ungleichheiten zu überwinden und strukturschwache Regionen zu Gewinnern der sozial-ökologischen Transformation zu machen.

In die Zukunft zu investieren bedeutet auch, starke soziale Sicherheitsnetze aufzubauen und zu gewährleisten, dass niemand mehr unter schlechten Bedingungen arbeiten muss. Deswegen muss die nächste Bundesregierung die Fehler der Agenda 2010 korrigieren: Um Profite zu sichern, wurde der Sozialstaat abgebaut, Löhne gedrückt und Arbeiter*innenrechte geschwächt. Das Ergebnis ist unter anderem der größte Niedriglohnsektor Europas, der insbesondere migrantische Arbeit abwertet und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verschärft. Vor allem im Dienstleistungssektor sorgt die weitreichende Flexibilisierung für schlechte Arbeitsbedingungen.

Die nächste Bundesregierung muss diesen Niedriglohnsektor zurückdrängen. Dafür müssen sowohl die Löhne deutlich steigen, als auch Gewerkschaften und die Rechte der Arbeiter*innen deutlich gestärkt werden. Niemand darf in Armut leben müssen, auch nicht arbeitslose Menschen und Familien mit geringem Einkommen. Diesen Anspruch werden wir auch in die so dringend notwendige Klimapolitik der nächsten Bundesregierung tragen: denn unser Klimaschutz ist sozial gerecht und wird niemanden alleine stehen lassen: Her mit den wirkungsvollen und sozial gerechten Maßnahmen anstatt Arbeiter*innen und Klima gegeneinander auszuspielen. Das wird unser Ansporn für eine sozial-ökologische Transformation sein.

Dabei ist uns wichtig, dass auch die innerdeutschen Unterschiede endlich überwunden werden. Dazu gehört, dass Menschen in den ostdeutschen Bundesländern endlich die gleiche Bezahlung und die gleiche Rente wie Kolleg*innen in westdeutschen Bundesländern bekommen. Eine Maßnahme dafür muss sein, dass Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern besser in öffentlichen Gremien und dem Kabinett auf Bundesebene vertreten sind. Die Strukturstärkung gerade der Kohleausstiegsregionen und ländlichen Räume sollte von der nächsten Bundesregierung endlich mit höchster Priorität behandelt und besonders die ostdeutschen Regionen, allen voran die Lausitz, bei der sozial-ökologischen Transformation unterstützt werden. Dafür braucht es insbesondere massive

Investitionen in die öffentliche Infrastruktur in strukturschwachen Regionen, auch damit es für junge Menschen attraktiv ist, langfristig dort zu bleiben. Die Klimawende darf nicht, wie die Wende vor 30 Jahren, dazu führen, dass tausende Menschen auf der Strecke bleiben.

Pariser Klimaabkommen ohne Wenn und Aber

Die Klimakrise ist allgegenwärtig: Ein Hitzesommer nach dem anderen, Ernteausfälle durch Dürren, Überschwemmungen, unkontrollierbare Brände und Menschen, die ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlagen verlieren werden. Für uns ist klar: Wir müssen unsere Politik endlich auf den 1,5-Grad-Pfad bringen und alles tun, um die Klimakatastrophe noch zu verhindern. Das heißt: Die nächste Bundesregierung hat die Pflicht, konkrete Schritte zu definieren, wie Deutschland seiner historischen Verantwortung gerecht werden kann und auf den 1,5-Grad-Pfad kommt. Eine Bundesregierung mit grüner Beteiligung muss endlich dafür sorgen, dass notwendige Maßnahmen umgesetzt werden: Dafür brauchen wir einen konkreten Plan für 100% Erneuerbare Energien, die Dekarbonisierung des Verkehrssektors und eine klimaneutrale Landwirtschaft. Investionen und Subventionen in fossile Infrastruktur müssen endlich der Vergangenheit angehören.

Für gleiche Rechte und eine starke Zivilgesellschaft!

Das Erstarken der AfD, der enorme Anstieg rechter Gewalt und nicht zuletzt die rassistischen Anschläge in Hanau, Halle und Kassel haben auf erschütternde Weise gezeigt, welche Gefahren vom Rechtsextremismus ausgehen. Politik muss sich entschlossener gegen Menschenfeindlichkeit und rechten Terror stellen. Die nächste Bundesregierung wird daher auch am Kampf gegen Rechts gemessen werden. Dazu gehört auch, rechte Tendenzen in Sicherheitsbehörden nicht mehr schönzureden, sondern entschlossen zu bekämpfen.

Ob Flüchtlingsräte, Demokratieprojekte, queere Zentren oder Beratungsstellen gegen Hass im Netz: Engagement braucht Unterstützung. Die Zivilgesellschaft muss endlich gestärkt werden, statt sie durch den Verfassungsschutz zu kriminalisieren und ihnen durch bürokratische und finanzielle Hürden Steine in den Weg zu legen.

Rassismus, Sexismus, Queer- und Transfeindlichkeit, Antisemitismus und andere menschenfeindliche Ideologien greifen tagtäglich das Leben und die Würde von Menschen an. Wir erwarten, dass die Bundesregierung ihr Handeln danach ausrichtet, diese Ideologien zu bekämpfen und mit aller Entschlossenheit dagegen vorgeht. Die Leitlinie muss eine Gesellschaft sein, an der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können.

Kein Mensch ist illegal!

An den europäischen Außengrenzen gibt es keine Rechtsstaatlichkeit mehr: In Massenlagern werden Menschen unter unwürdigen Bedingungen zusammengepfercht, auf dem Festland werden Schutzsuchende von Grenzbeamt*innen misshandelt und grausam abgewiesen und das Mittelmeer wurde in den letzten Jahren zur tödlichsten Grenze der Welt.
Die nächste Bundesregierung muss deshalb alles tun, um den Rechtsbruch und das Leid zu beenden. Jeder Mensch, der europäische Grenzen passiert, muss Zugang zu einem Asylverfahren bekommen. Die Abschottung Europas ist keine Option, Geflüchtete sind keine Verhandlungsmasse. Europäische Außengrenzpolitik muss als oberstes Ziel haben, dass Menschenleben gerettet werden.

Jetzt gilt‘s!

In den nächsten Monaten kämpfen wir auf den Straßen mit unserer Kampagne für einen grundlegenden Politikwechsel. Nach der Wahl werden wir den Wahlausgang, unter anderem auf dem Bundeskongress, breit im Verband debattieren und uns dann entscheiden, wie wir zu möglichen Sondierungsergebnissen stehen. Wir werden uns auf der Straße in Bündnissen, im Parlament und in der Partei für diesen Politikwechsel starkmachen.
Der Kampf für eine gerechtere Politik wird uns dabei stets vorantreiben.

V-1-B Keine Profite mit der Pandemie!

Gremium:	Länderrat
Beschlussdatum:	01.08.2021
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Antragstext

Spätestens seit sich im Mai 2021 die USA, Australien und Neuseeland der Forderung nach einer Aussetzung der Patente auf Corona-Impfstoffe anschlossen, wurde es einsam um die Blockadehaltung der EU: Der Rest der Welt hat längst verstanden, dass es eine schlechte Idee ist, Profitraten von Pharmakonzernen über das Leben von Menschen zu stellen.

Immer wieder zeigte sich in den letzten Monaten, wie konkret Marktlogiken einen solidarischen und bedürfnisorientierten Umgang mit der Pandemie und ihren Folgen verhindern: Während private Kontakte und Freizeitmöglichkeiten immer weiter eingeschränkt und mit hohen Strafen belegt wurden, blieben wirksame Arbeitsschutzmaßnahmen meist aus: Wirtschaftsinteressen hatten immer Priorität vor menschlichen Interessen. Während dringend benötigte Hilfszahlungen für ärmere Haushalte oft Monate dauerten oder gar nicht erst zur Debatte standen, waren die Milliarden für TUI oder die Lufthansa schnell zusammen. Der gleichen Logik folgt nun die Bekämpfung der Pandemie selbst: Um die Gewinne von Biontech und Co. nicht zu gefährden, werden Produktionskapazitäten für den Impfstoff weiter künstlich verknappt. Ohne einer Aussetzung der Patente werden viele Länder frühestens 2023 flächendeckenden Zugang zu Impfstoffen haben. Das ist nicht nur für die Menschen in den betroffenen Staaten eine Katastrophe, sondern für uns alle: Je verbreiteter das Virus ist, desto größer ist die Gefahr immer neuer Mutationen – die dann auch bereits erreichte Herdenimmunitäten wieder zunichte machen. Die Pandemie ist erst besiegt, wenn sie global besiegt ist.
Vor allem aber ist die globale Versorgung mit sicheren und wirksamen Impfstoffen schlicht eine Frage der Gerechtigkeit: Gesundheit darf kein Gut sein, das reichen Ländern vorenthalten bleibt. Der Weg dorthin ist eine politische Frage. Der erste Schritt dahin ist umfassende Transparenz über Produktionskosten, die Sicherheit von Impfstoffen und Medikamenten sowie die Offenlegung von Verträgen, die mit pharmazeutischen Unternehmen geschlossen wurden.

Das sogenannte TRIPS-Waiver-Abkommen regelt den Umgang mit Patentrechten von Impfstoffen. Wir unterstützen die von Indien und Südafrika gestellten Sonderanträge, das Abkommen auszusetzen für alle Patente und Informationen, die zur Bekämpfung der Coronapandemie notwendig sind. Nach erteilter Freigabe ist

der Aufbau zusätzlicher Kapazitäten in der Impfstoffproduktion eine Frage von wenigen Monaten. Angesichts der Aussicht, dass die meisten Länder der Welt derzeit noch Jahre auf ausreichende Impfstofflieferungen warten müssen, ist die Öffnung der Patente somit der entscheidende Faktor in der Frage, wann die Pandemie zuende ist.

Die Rolle gewinnorientierter Produktion in der Pandemie hat damit tiefergehende Notwendigkeiten aufgezeigt: Patente auf medizinische Produkte bedeuten nichts anderes, als lebensrettendes Wissen bewusst unter Verschluss zu halten. Es braucht eine grundlegende Reform des Patentrechts mit dem Ziel, Gemeinwohlinteressen zu stärken. Nur so kann der nötige Wandel zu einem kooperativeren Umgang mit Wissens- und Technologietransfer geschehen. Bisherige freiwillige Angebote sind der Markt- und Profitlogik entsprechend gescheitert.

Das bedeutet: Forschung, die insbesondere durch öffentliche Gelder gefördert wurde, muss auch ein öffentliches Gut sein und dem Allgemeinwohl dienen - nicht den Profiten von einigen Wenigen. Die Forschung und Beschaffung im Gesundheitsbereich muss deshalb umgestellt werden: Statt weiter profitorientiert zu forschen, müssen die Bedürfnisse von Menschen in den Mittelpunkt rücken. Impfstoffe und Medikamente müssen globale öffentliche Güter werden. Weltweit muss jeder Mensch unabhängig von seinen finanziellen Ressourcen das Recht auf die beste medizinische Versorgung haben. Da dieses Ziel unvereinbar ist mit den Gewinninteressen von Pharmakonzernen, ist eine Entprivatisierung des Gesundheitsbereichs und eine international koordinierte, nicht gewinnorientierte Versorgung mit Gesundheitsleistungen unumgänglich.

W.M-1-B Antrag zur Mandatsvergabe der Fachforen und der Zuteilung der Bundesarbeitsgemeinschaften

Gremium:	Länderrat
Beschlussdatum:	01.08.2021
Tagesordnungspunkt:	W.M Mandatsvergabe

Antragstext

Die GRÜNE JUGEND hat bis zur nächsten Mandatsvergabe folgende Fachforen:

- Fachforum Bildung
- Fachforum Demokratie, Innenpolitik, Recht und Antirassismus
- Fachforum Digitales und Medien
- Fachforum Feminismus und Queer
- Fachforum Globales und Europa
- Fachforum Ökologie
- Fachforum Stadt, Land, Mobilität
- Fachforum Wirtschaft, Soziales und Gesundheit

Die Bundesarbeitsgemeinschaften werden wie folgt den Fachforen zugeordnet:

- Das Fachforum Bildung delegiert zu der BAG Bildung, BAG Kinder Jugend und Familie und BAG Wissenschafts-, Hochschul- und Technologiepolitik.
- Das Fachforum Demokratie, Innenpolitik, Recht und Antirassismus delegiert zu der BAG ChristInnen, BAG Demokratie und Recht, BAG Säkulare Grüne, und BAG Sportpolitik.
- Das Fachforum Digitales und Medien delegiert zu der BAG Digitales und

Medien.

- Das Fachforum Feminismus und Queer delegiert zu der BAG Frauenpolitik, BAG Lesbenpolitik und BAG Schwulenpolitik.

- Das Fachforum Globales und Europa delegiert zu der BAG Europa, BAG Friedens- und Internationale Politik, BAG Globale Entwicklung und BAG Migration und Flucht.

- Das Fachforum Ökologie delegiert zu der BAG Energie, BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, BAG Ökologie und BAG Tierschutzpolitik.

- Das Fachforum Stadt, Land, Mobilität delegiert zu der BAG Kultur, BAG Mobilität und Verkehr und BAG Planen Bauen Wohnen.

- Das Fachforum Wirtschaft, Soziales und Gesundheit delegiert zu der BAG Behindertenpolitik, BAG Soziales, Arbeitsmarkt, Gesundheit und BAG Wirtschaft und Finanzen.